

Herausgegeben von Edgar Wolfrum

# VERFASSUNGS- FEINDE IM LAND?

Der »Radikalenerlass« von 1972  
in der Geschichte  
Baden-Württembergs und  
der Bundesrepublik



# Verfassungsfeinde im Land?

Der »Radikalenerlass« von 1972  
in der Geschichte Baden-Württembergs  
und der Bundesrepublik

Herausgegeben von  
Edgar Wolfrum



WALLSTEIN VERLAG

Gefördert mit Mitteln des  
Ministeriums für Wissenschaft, Forschung  
und Kunst des Landes Baden-Württemberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Wallstein Verlag, Göttingen 2022  
[www.wallstein-verlag.de](http://www.wallstein-verlag.de)

Vom Verlag gesetzt aus der Aldus  
Umschlaggestaltung: Susanne Gerhards, Düsseldorf  
© SG-Image unter Verwendung einer Fotografie:  
Demonstrationszug gegen Berufsverbote im Dezember 1976  
in Stuttgart. Foto: Ellen Bailly, Stadtarchiv Stuttgart  
Druck und Verarbeitung: Hubert & Co, Göttingen  
ISBN 978-3-8353-5160-8

## Geleitwort

Es ist Aufgabe und Pflicht jeder Regierung, ihr eigenes und früheres Regierungshandeln aufzuarbeiten und immer wieder kritisch zu reflektieren. Nicht zuletzt, um mit jüngeren Generationen historische und gegenwärtige Diskussionen zu führen und demokratische Institutionen und demokratisches Denken zu stärken.

Der »Gemeinsame Runderlass der Ministerpräsidenten und aller Landesminister zu Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst«, der damals wie heute als »Radikalenerlass« oder »Extremistenbeschluss« bekannt ist, wurde vor 50 Jahren in der Hoffnung erlassen, die damals noch junge Demokratie zu stärken und vor Feinden zu schützen. Die Praxis führte jedoch weniger dazu, dass radikale Kräfte vom öffentlichen Dienst ausgeschlossen wurden, sondern vielmehr dazu, dass die Lebensentwürfe von vor allem jungen Menschen zerstört und Existenzen gefährdet wurden.

Dem sogenannten »Radikalenerlass« kommt in Baden-Württemberg eine besondere Bedeutung zu, da die Praxis – aufgrund der damals vorherrschenden politischen Kultur – hier besonders intensiv und länger als in anderen Ländern angewandt wurde. Baden-Württemberg machte sich in dieser Zeit einen Namen als »schwarze Berufsverbotsprovinz«, denn im Südwesten wurde der sogenannte »Schiess-Erlass«, die Regelanfrage beim Verfassungsschutz, zum Normalfall. Konkret bedeutete dies, dass junge Menschen aufgrund der Teilnahme an Demonstrationen, der Unterzeichnung von Petitionen oder auch einer Asta-Mitgliedschaft nicht für eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst zugelassen wurden. Beamtinnen und Beamte, die sich auf diese Weise engagierten, wurden in Einzelfällen aus dem Dienst entlassen.

Es freut mich, dass die vorliegende Forschungsarbeit von Edgar Wolf- rum einen Beitrag dazu leistet, das Thema für Baden-Württemberg aufzuarbeiten; damit wird eine Forschungslücke geschlossen. Den Autorinnen und Autoren gelingt es, ein eindrückliches und zugleich feingezeichnetes Bild von der prekären Situation zu zeichnen, in der sich die Betroffenen befunden haben. Durch umfassende Recherche in den Landesarchiven und zahlreiche Zeitzeugeninterviews ist es ihnen gelungen, die Erkenntnisse dieser politischen Praxis greifbar zu machen. Ich freue mich, dass wir als Wissenschaftsministerium einen Beitrag zum Projekt leisten und dieses finanziell unterstützen konnten.

Theresia Bauer MdL  
Ministerin für Wissenschaft, Forschung  
und Kunst des Landes Baden-Württemberg